



# Bundestags- brief

Nr.210 •Die Woche im Bundestag• 31.03.2017



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Geschlossen und gestärkt in die Bundestagswahl 2017

Die CDU Berlin hat am vergangenen Samstag in Adlershof ihre Landesliste für die Bundestagswahlen 2017 aufgestellt. Ich freue mich sehr, dass die Delegierten dem einstimmig beschlossenen Vorschlag des Landesvorstandes gefolgt sind. Wir haben der Landesvertreterversammlung ein - wie ich finde - gutes Angebot aus bewährten Kräften und mit neuen Akzenten gemacht, das auch bei den Wählerinnen und Wählern großen Anklang finden wird.

Dass ein Nominierungsparteitag auch Wettbewerb mit Kampfkandidaturen bedeutet, ist Ausdruck gelebter innerparteilicher Demokratie. Für die CDU Berlin war wichtig, dass die Kandidaten fair und anständig geblieben sind, selbst bei teils sehr knappen Ergebnissen. Das ist geschehen und zeigt, wie sehr die CDU Berlin als lebendige Volkspartei Vielfalt und Meinungspluralität zu schätzen weiß.

Für meine erneute Nominierung als Spitzenkandidatin der CDU Berlin und für das Vertrauen der Delegierten, die mich mit einer Zustimmung von 88,9 Prozent in den Wahlkampf schicken, bin ich sehr dankbar. Keine andere Partei in Berlin hat ihre Kandidatin mit einem ähnlich guten Ergebnis nominiert.

Das zeigt: Die CDU Berlin zieht geschlossen und geeint in den Bundestagswahlkampf, um für ein gutes Ergebnis der Union und für die Fortsetzung der Kanzlerschaft von Angela Merkel zu kämpfen.

Die Landesvertreterversammlung gibt uns Rückenwind für den kommenden Wahlkampf, der von schwierigen und durchaus harten Auseinandersetzungen gekennzeichnet sein wird. Als CDU müssen wir zeigen, dass wir die linken Ideologien und rechten Ressentiments eine solide Politik der Mitte entgegensetzen.

Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 ist auch eine Chance für die CDU Berlin, zu beweisen, dass sie aus dem enttäuschenden Ergebnis der Wahlen zum Abgeordnetenhaus im September richtige Schlüsse gezogen hat. Gemeinsam können wir im Bundestagswahlkampf in aller Deutlichkeit auf Versäumnisse, Fehler und Versagen der rot-rot-grünen Koalition in Berlin hinweisen:

- auf einen kleinteiligen und kleingeistigen Koalitionsvertrag, der die Bürgerinnen und Bürger ans staatliche Gängelband nimmt;
- auf eine Haushaltsplanung, die Berlin mit dem süßen Gift der Schulden lähmt;
- auf eine kraftlose Koalition, die - statt an die Zukunft Berlins - zuallererst an die Zukunft der eigenen Leute denkt und sich mal eben 25 Staatssekretärsposten gönnt: mehr als jedes andere Bundesland!
- auf einen überforderten Regierender Bürgermeister, der sich - wenn es schwierig wird, Beispiel BER - aus der Verantwortung stiehlt;
- auf eine gescheiterte Bildungssenatorin, die im Leistungsranking dort steht, wo Berlin bei Schulleistungsvergleichen dümpelt - nämlich ganz unten -, und die man trotzdem weitere fünf Jahre herumwerkeln lässt;
- oder auch auf einen ehemals hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter, der ohne Rücksicht auf den Schmerz der Opfer und Verfolgten der SED-Diktatur zum Staatssekretär berufen und erst nach langem Hin und Her wieder entlassen wurde.

Diese windige rot-rot-grüne Truppe liefert uns Steilvorlagen in Serie und Gründe genug, um vor Rot-rot-grün auf Bundesebene zu warnen!

## **Das Saarland weist einen erfolgreichen Weg**

Der Wahlsieg am Wochenende ist ein guter Auftakt für uns ins Wahljahr. Wir beglückwünschen die CDU im Saarland mit Annegret Kramp-Karrenbauer an der Spitze zu ihrem eindrucksvollen Ergebnis.

Das Wahlergebnis ist nicht nur Beleg für eine gute Ministerpräsidentin, sondern es zeigt, dass die meisten Bürger einer stabilen, sicheren Regierung eher zutrauen, die Zukunft gut zu gestalten als einem rot-roten Experiment. Es war offenkundig ein Fehler der SPD, ihre bisherige Linie im Saarland aufzugeben und nach allen Seiten offen zu sein. Das haben ihr die Bürgerinnen und Bürger nicht durchgehen lassen.

Die SPD muss nun erklären, wie sie es mit der Linkspartei im Bund hält, die die Nato auflösen und die russische Aggression gegen die Ukraine einfach hinnehmen will. Leitfiguren der Linken wie Sarah Wagenknecht lassen keine Zweifel daran, dass sie ein anderes Deutschland wollen: Ohne solide Haushaltsführung, ohne innere Sicherheit, Bleiberecht für alle statt Ausweisung krimineller Zuwanderer.

Wir als Union haben eine klare Position: Wir koalieren weder mit den Populisten von links noch von rechts. Von dieser Klarheit ist die SPD weit entfernt.

Eines belegt das Ergebnis im Saarland auch: Die Prognosen werden schwieriger, denn kaum einer von uns hätte ein solches Ergebnis erwartet. Dies liegt sicher daran, dass drei von vier Meinungsforschungsinstituten ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU und SPD prognostizierten.

Das zeigt uns allen, aber gerade den Wahlkämpfern in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, dass wir uns von Umfragen nicht zu stark beeinflussen lassen, sondern mit Zuversicht und innerer Haltung für unsere Position werben sollten.

## **Wir arbeiten weiter für Deutschland**

Es sind von nun an noch rund sechs Monate bis zur Bundestagswahl, das ist ein langer Zeitraum. Daher hat die CDU im Koalitionsausschuss darauf gedrängt, zu klären, welche Vorhaben wir zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in den kommenden Monaten noch umsetzen.

Es gibt Themen, die kein Abwarten dulden: Wir müssen dringend etwas gegen den wiederholten Sozialbetrug im Asylsystem tun. Wer unter mehreren Identitäten sich Geldleistungen erschleicht, verwirkt unsere Gastfreundschaft und muss unser Land wieder verlassen.

Hier drängen wir auf eine klare Regelung im Ausländer- und Asylrecht. Wieso wiederholter Diebstahl zu leichterem Abschiebung führen soll, wiederholter Sozialbetrug aber nicht, kann man den Bürgern im Land nicht erklären.

Zudem müssen wir Einbrecher härter bestrafen: Wenn Täter in Wohnungen einbrechen, hat das oft traumatische Folgen für die Opfer. Dieser Eingriff in die Privatsphäre ist kein Kavaliersdelikt.

Wir wollen, dass Wohnungseinbrecher mindestens eine einjährige Freiheitsstrafe erhalten. Die SPD muss jetzt klar sagen, ob sie die Bürger oder die Einbrecher schützen will.

## **Reallöhne in Deutschland verzeichnen starken Anstieg**

Wie das endgültige Ergebnis der vierteljährlichen Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes belegt, ist der Reallohnindex im Jahr 2016 das dritte Mal in Folge stark gestiegen.

Während der Reallohnindex um 1,8 Prozent zunahm, stiegen der Verbraucherindex im selben Zeitraum um 0,5 Prozent und der nominale Verdienst um 2,3 Prozent. Zudem setzt sich mit dieser positiven Entwicklung ein Trend fort, von dem vor allem Beschäftigte mit eher unterdurchschnittlichen Verdiensten überdurchschnittlich profitieren können.

Hohe nominale Zuwächse des monatlichen Bruttoverdienstes können hierbei vor allem ungelernete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Steigerung von 3,1 Prozent, geringfügig Beschäftigte mit 3,6 Prozent, Teilzeitbeschäftigte mit 2,8 Prozent und Vollzeitbeschäftigte mit 2,2 Prozent verzeichnen.

Den größten Branchenzuwachs von 3,5 Prozent nominalem Lohnanstieg wies das Gastgewerbe als Branche mit den geringsten Bruttoverdiensten aus.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*